

# Jahresbericht 2021

Europäisches BürgerInnen Forum



# [ Kräfte bündeln für einen weiten Weg ]

Liebe Freundinnen und Freunde,

Leider haben wir keine Zeit, um innezuhalten, und uns die Augen zu reiben, um zu sagen: «What a wonderful world.» Denn die wundervolle Welt, wie sie Louis Armstrong besungen hat, ist in grosser Gefahr. Kaum sind zwei Jahre anstrengender Pandemie-Zeit vorbei, befinden wir uns seit dem 24. Februar 2022 inmitten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Wer hätte im letzten Jahr vorausgesagt, dass im heutigen Europa ein schrecklicher Krieg eines solchen Ausmasses wüten würde?

Schon das Jahr 2021 war von Katastrophen geprägt. Doch es war die Natur, die zuschlug. Die grösste Flutkatastrophe der Nachkriegszeit brach über einen Teil Westdeutschlands herein, wo die Bevölkerung bisher glaubte, in grosser Sicherheit zu leben. Der Sommer war von extremen Wetterlagen geprägt; grosse Waldbrände wüteten in ganz Südeuropa; Hitzerekorde wurden in Kanada gemessen - dies nur als eine kleine Auswahl von alarmierenden Anzeichen des Klimawandels und des Zustandes unserer heutigen Welt.

Gegenüber dieser beängstigenden Entwicklung erschien uns unser Engagement zur Erhaltung der Lebensgrundlagen fast nicht der Rede wert. Doch weil wir uns im Einklang mit vielen Initiativen wissen, die genauso wie wir an ihrem Platz für einen anderen Umgang mit den natürlichen Ressourcen auf unserem Planeten kämpfen, verlieren wir weder den Mut noch unsere Hoffnung auf Veränderung. Viele junge Menschen sind für die Klimagerechtigkeit unterwegs. Sie waren durch die Pandemie und die restriktiven sanitären Massnahmen beeinträchtigt, doch es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie wieder verstärkt auftreten werden.

Neben den Naturkatastrophen war auch in diesem Berichtsjahr 2021 eine andere Katastrophe präsent: diejenige für die schutzsuchenden Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten an den Grenzen Europas. Denn die Flüchtenden werden brutal zurückgestossen oder im wahrsten Sinne des Wortes zurückgeprügelt. Der Begriff «Pushback» wurde deshalb in Deutschland zum Unwort des Jahres ernannt. Mit

dem englischen Begriff für „zurückdrängen, zurückschieben“ wird neuerdings die illegale Praxis von Europas Grenztruppen beschrieben, Flüchtende an den Grenzen zurückzuweisen. Die Jury entschied, der Begriff beschönige einen Prozess der Abschiebung, der Menschen die Möglichkeit nehme, ihr Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen.

Die europäische Öffentlichkeit wurde 2021 nicht nur weiterhin mit dem andauernden Skandal der sterbenden Migrant\*innen im Mittelmeer konfrontiert, sondern auch mit einer steigenden Anzahl von Todesopfern auf der Atlantikroute und an den Grenzen auf dem europäischen Festland. Die Massenflucht aus Afghanistan nach der Machtergreifung der Taliban kam als ausserordentliches Ereignis hinzu, dessen langfristige Auswirkungen sich noch nicht abschätzen lassen. Doch mit jeder «neuen» humanitären Katastrophe entstehen ebenso neue solidarische Kräfte. Diese haben wir versucht, in diesem Berichtsjahr 2021 wiederum zu stärken.

Niemand kann sich in der heutigen Zeit anmassen, eine Patentlösung gegen die Katastrophen auf unserem Planeten zu präsentieren. Einerseits sind wir auf mutige Schritte unserer Regierungen und der Weltorganisationen angewiesen, die aber wie üblich auf sich warten lassen, und andererseits auf eine Bündelung der vielen kleinen Schritte, die wir als aktive, einfache Menschen tun können. Vielleicht lassen sich dadurch eines Tages Alpträume vertreiben oder gar verhindern. Dann endlich werden wir uns beim Aufwachen die Augen reiben und sagen «What a wonderful world.» Doch bis dahin ist der Weg noch weit - aber gehen müssen wir ihn.

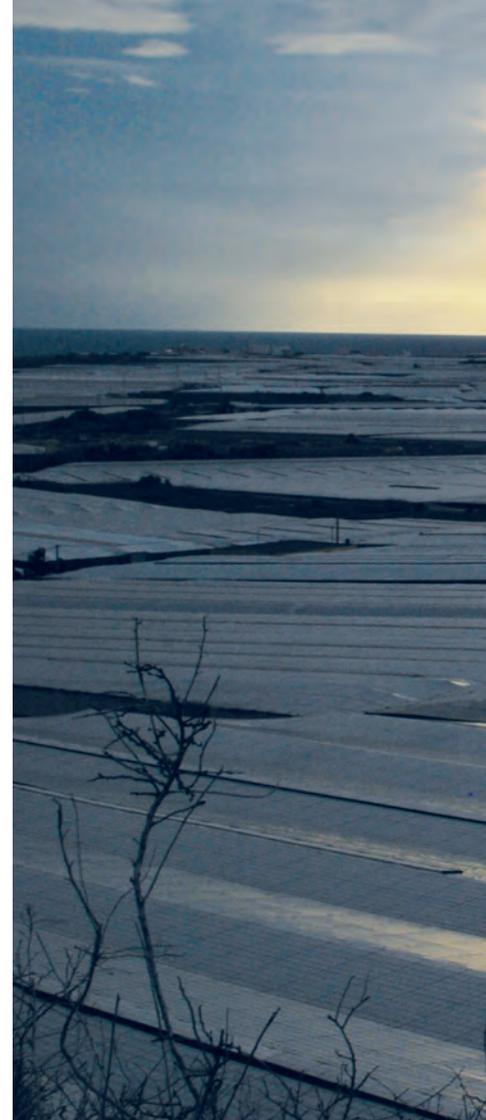
Das Team vom Europäischen BürgerInnen Forum  
(EBF)  
Basel, im Juni 2022

# Migration & Ausbeutung

Das Plastikmeer von El Ejido bleibt trotz gravierender Umweltprobleme das Zentrum der industriellen Gemüseproduktion in Europa und setzt weiterhin auf die schonungslose Ausbeutung schutzloser Menschen.

Und diejenigen, die sich als Tagelöhner\*innen in den Plastiktunnels verdingen müssen, sind häufig Geflüchtete und Sans-Papiers.

Sie finden in Europa nicht den ersehnten Frieden, sondern Ausbeutung, Abhängigkeit und Lohnbetrug.





# Spanien

## [ El Ejido ]

Seit über zwanzig Jahren betreibt die unabhängige Landarbeiter\*innen-Gewerkschaft SOC-SAT insgesamt drei Gewerkschaftsbüros in Almeria, El Ejido und Níjar. Diese Beratungs- und Anlaufstellen waren eine Antwort auf das Pogrom gegen marokkanische Landarbeiter\*innen im Jahr 2000. Der Aufbau dieser Orte wurde finanziell vom EBF und anderen Organisationen ermöglicht.

Die langjährige Präsenz von SOC-SAT zeigte auch im 2021 ihre Früchte - als die einzige Gewerkschaft, die in dieser Gegend stark aktiv ist und während der Pandemie ihre Lokale offenhielt für die gestiegene Nachfrage für Hilfe und Rat. Die zahlreichen Prozesse gegen die systematische Ausbeutung von Arbeiter\*innen mit dem Rechtsbeistand der SOC-SAT werden in der Regel gewonnen, da die Betriebe und deren Besitzer\*innen das Arbeitsrecht kaum respektieren. Es gelang der Gewerkschaft im Berichtsjahr in einigen Unternehmen mit Betriebsratswahlen Delegierte durchzubringen und so Einfluss auf die Arbeitsbedingungen zu nehmen. Dabei

handelt es sich oft - neben den Gemüseproduzent\*innen - um grosse lokale Verpackungsunternehmen und Verteiler. Es geht um die chronisch schlechten Arbeitsbedingungen, die von Zertifizierern wie Biosuisse, Global Gap Demeter, Naturland, Euro leaf und durch Supermarktketten geduldet werden.

Betriebsratsdelegierte der SOC-SAT deckten einen Betrag in Millionenhöhe auf, den das Unternehmen EUROSOL jahrzehntelang gegenüber den Arbeiter\*innen in den Gewächshäusern und in der Verpackungsindustrie begangen hatte. Das Unternehmen hatte seine Arbeiter\*innen weder korrekt bezahlt noch für die ihnen gesetzlich zustehenden Urlaubstage in die Sozialversicherung einbezahlt. Dafür wurde EUROSOL von einem Gericht in Almeria verurteilt. Das war nur möglich, weil die SOC-SAT in den letzten Jahren beharrlich auf eine erfolgreiche Gewerkschaftswahl hingearbeitet hatte, denn nur einer Gewerkschaftsdelegation ist es erlaubt, eine Sammelklage einzureichen.

## Bittere Ernte im endlosen Plastikmeer



Der Richter sagte in seinem Urteil: «Jahrzehntelang war dies erlaubt, weil es niemand anprangerte.» Dieser Sieg, der sich auf das Leben von Tausenden von Arbeitnehmer\*innen auswirken wird, ist dem Mut des Eurosol-Komitees der Arbeiter\*innen und der Stärkung des Rechtsbeistands durch die SOC/SAT Almeria zu verdanken.

Es gibt auch ein starkes Engagement für soziale Rechte, die nicht nur die Landarbeiter\*innen betreffen. So war die SOC-SAT aktiv an den Kämpfen in Armenvierteln wie «del Puche» oder «del Quemadero» in Almeria gegen Zwangsräumungen, Ausgrenzung und institutionelle Vernachlässigung beteiligt. In diesen Vierteln leben hauptsächlich Migrant\*innen unter extrem schlechten Bedingungen in maroden, überfüllten Wohnungen und Kellern. Das EBF war mit einer Delegation im November und Dezember des Berichtsjahres selbst mit einer Delegation von internationalen Journalist\*innen und Aktivist\*innen vor Ort.

# Frankreich

[ Codetras\* ]

Seit Jahrzehnten schufteten Tausende von Migrant\*innen nicht nur in Südspanien, sondern auch im Süden Frankreichs unter unmenschlichen Bedingungen, um billiges Gemüse und Obst in die Supermärkte zu schaffen. Heute gibt es spezielle Unternehmen, die ihren ganzen Profit auf der Basis dieser Ausbeutung aufbauen.

Das Strafgericht von Marseille verurteilte am 8. Juli 2021 Terra Fecundis, eine spanische Firma, die im Süden Frankreichs Tausende von Migrant\*innen aus Afrika und Lateinamerika als Landarbeiter\*innen an industrielle Landwirtschaftsbetriebe verschachert hatte. Zum ersten Mal verurteilte ein Gericht diese geläufigen Praktiken. Das Gericht nahm während einer Woche das zwielichtige Tun dieser Firma unter die Lupe: miserable Wohnbedingungen für die





Leiharbeiter\*innen, Unterschlagung der staatlichen Sozialkosten in Millionenhöhe, exemplarische Bestrafung von rebellischen Arbeiter\*innen, Nichteinhaltung von obligatorischen Leistungen (Bezahlung von Überstunden, Respektierung von Pausen, Pflege von kranken Arbeiter\*innen).

Mit unserer Partnerorganisation CODETRAS haben wir die Veränderungen der Arbeitsmigration in den letzten zwanzig Jahren genau beobachtet. Mit Recherchearbeit, Beratung für Betroffene und Unterstützung von klagewilligen Menschen ist CODETRAS inzwischen auch für viele Medien zur bestinformiertesten Quelle geworden.

\*Collectif de Défense des Travailleurs Saisonniers: Kollektiv zur Verteidigung der migrantischen Arbeiter·innen in der Landwirtschaft (in den Bouches-du-Rhône). Weitergehende Informationen auf Französisch unter: [www.codetras.fr](http://www.codetras.fr).

# Flucht & Exil

Überall an den Grenzen und Rändern Europas treffen wir auf Initiativen von Menschen, die selbstlos Geflüchteten und Migrant\*innen helfen.

Sie stehen im Widerspruch zur Gewalt an den Mauern der Festung Europa und leisten Widerstand gegen die Unmenschlichkeit, die mehr und mehr zur Gewohnheit wird.

Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) fördert und begleitet solche Initiativen über die Grenzen hinweg.





Foto: Houmer Hedayat & Stefan Borghardt

# Schweiz

## Aufnahmebereitschaft von Gemeinden

Im September 2020 gingen die schrecklichen Bilder vom Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos um die Welt. Anstatt die Flüchtlinge in Europa aufzunehmen, wurde ein neues, noch schlimmeres Lager eingerichtet. Die breite Kampagne «Evakuieren JETZT» hatte schon ab Ostern 2020 die Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland in der Schweiz gefordert. Die grössten Schweizer Städte erklärten sich bereit, Geflüchtete aufzunehmen. Das EBF verstärkte die Kampagne, indem es eine Petition formulierte und verbreitete, mit der sich die Bewohner\*innen an ihre jeweilige Gemeinde wenden konnten. So kamen im Berichtsjahr auch kleinere Gemeinden dazu, die ihre Offenheit für die Geflüchteten deklarierten.

Nach dem Brand in Moria



Foto: Salomé Wiedmer

## 〔 Frontex und die Schweiz 〕

Im Mai des Berichtsjahres gründete das EBF zusammen mit einem Rechtsanwalt, einer Anwaltsvereinigung und mehreren Journalist\*innen ein Ad-hoc-Komitee, um nach Öffentlichkeitsrecht die Freigabe von internen Informationen und Dokumenten zu beantragen, welche die Zusammenarbeit zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV)\* und der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex betreffen. Das Komitee zeigte sich besorgt über die Verletzung der Menschenrechte an den EU-Aussengrenzen mit der Komplizität von Frontex und beschloss, die Rolle der Schweiz in dieser Agentur zu untersuchen. Nach einem Schlichtungsverfahren kann Klage eingereicht werden, sofern sich die EZV weigert, bestimmte Dokumente freizugeben. Das Komitee war sich bewusst, dass ein langer Weg vor ihm liegen würde; bis Ende 2021 konnten aber die ersten wichtigen Schritte eingeleitet werden.

## 〔 No Frontex! 〕

Am 22. September 2021 entschied das Schweizer Parlament, die Europäische Grenzschutzagentur mit 61 statt 14 Millionen Franken jährlich zu unterstützen und mit mehr Grenzpolizisten auszurüsten - und dies, obwohl inzwischen allgemein bekannt war, dass Frontex in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist. Mehrere kleine Organisationen, die sich für die Rechte von Migrant\*innen einsetzen, entschieden sich deshalb, das Referendum gegen diesen Entscheid zu ergreifen. Das EBF unterstützte die Kampagne für das Zustandekommen des Referendums nach Kräften.

\* Per 1. Januar 2022 wurde die EZV in Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) umbenannt.

# Kroatien & Bosnien

## [ Neue Kontakte ]

Im März des Berichtsjahres entsandte das EBF wiederum eine internationale Delegation nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina, um die Beziehungen zu den bereits in den Jahren zuvor kontaktierten Hilfsinitiativen zu vertiefen bzw. um neue kennenzulernen. Die Situation an der bosnisch-kroatischen Grenze ist für Migrant\*innen nach wie vor sehr brutal. Die EBF-Delegation konnte zahlreiche neue Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Initiativen knüpfen, die den Flüchtenden zu Hilfe eilen, und hat beschlossen, diese regelmässig finanziell zu unterstützen. Es handelt sich um verschiedene kleine Organisationen in Zagreb, Velika Kladusha und Sarajewo, die sich sowohl um materielle, juristische, medizinische und logistische Hilfe für die Geflüchteten kümmern als auch die illegalen Rückschaffungen an den EU-Aussengrenzen von Kroatien bis Griechenland dokumentieren und denunzieren.



# Frankreich

## [ Hilfe für Flüchtlinge in Bergnot ]

Viele Flüchtende aus Afghanistan, Syrien und anderen Kriegs- und Krisenländern versuchen unter Lebensgefahr von Italien ausgehend die französischen Alpen zu überqueren, um dadurch an einen sicheren Ort zu gelangen. Sie haben keine andere Wahl, denn die offiziellen Grenzen - vom Brenner über Chiasso bis Ventimiglia - sind für die Hilfesuchenden hermetisch abgeriegelt. Auf dem Alpenpass «Col de Montgenèvre» kommt es wiederholt zu schrecklichen Szenen. Ganze Familien, Kinder und auch schwangere Frauen sind mit meist völlig ungenügender Berg- und Winterausrüstung unterwegs, werden von der Grenzpolizei gejagt und oft nach Italien zurückgeschafft.

Am Anfang des Berichtsjahres lancierte das EBF in der Schweiz den dringenden Appell «Rettet die Flüchtlinge in Bergnot», um finanzielle und materielle Unterstützung für die Hilfsinitiativen vor Ort zu finden.

Diese haben in einem leerstehenden Sanatorium in der Grenzstadt Briançon ein Refugium eingerichtet, wo die erschöpften Ankommenden versorgt werden. Das EBF konnte eine enge Verbindung zu «Tous migrants» aufbauen, einer der engagiertesten Organisationen, und zu jungen Aktivist\*innen, die zusammen nächtliche Patrouillen in den Bergen organisieren, um Geflüchtete zu retten. Auch mehrere Mitglieder des EBF nahmen regelmässig an diesen Aktionen teil.

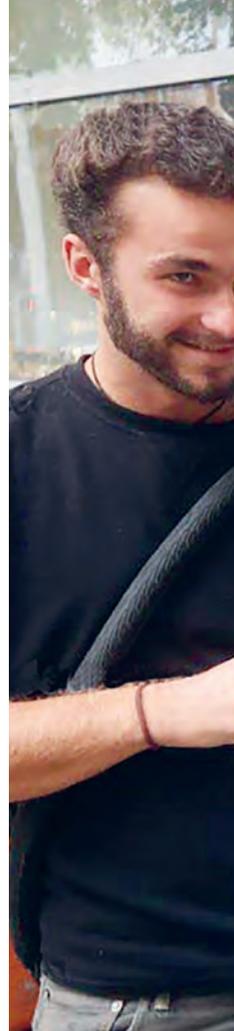


## [ Solide Unterstützung aus der Schweiz ]

Im Oktober veranstaltete das EBF eine Materialsammlung zur Ausrüstung der Migrant\*innen für die Alpenüberquerung und ihre Weiterreise. Fast fünf Tonnen solides Material (Schuhe, Schlaf- und Rucksäcke und vieles mehr) wurden zu den Sammelstellen in Genf und Basel gebracht und dann mit vier Lieferwagen nach Briançon transportiert.

## [ Prozessbeobachtung mit Erfolg ]

Am 9. September des Berichtsjahres wurde das Urteil im Revisionsprozess gegen die «7 von Briançon» in Grenoble bekannt gegeben. Eine jahrelange, Nerven aufreibende Prozedur fand endlich ihr Ende. Alle sieben Angeklagten wurden vom Vorwurf der «Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt von Ausländern» während eines antifaschistischen Marsches über den «Col de Montgenèvre» freigesprochen - ein grosser Erfolg für die Bergretter\*innen. Das EBF hatte an alle Gerichtsverhandlungen Beobachter\*innen entsandt, die Öffentlichkeit informiert und die Verteidigung finanziell unterstützt.







## [ Alle an die Grenzen! ]

An die fünftausend Demonstrierende fanden sich am 5. Juni 2021 in Nizza unter dem Motto «Toutes aux frontières» zusammen, um auf die Situation der geflüchteten Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen aufmerksam zu machen - vor, während und nach ihrer Migration. Ein Resultat dieses Tages war die Formulierung und Verbreitung einer Petition an die EU-Kommission und die nationalen Regierungen des Schengen-Raums, welche die systematische Anerkennung von spezifischen Fluchtgründen von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+-Personen fordert und deren Schutz fordert. Mehrere EBF-Mitglieder nahmen an dem Tag in Nizza teil und «Archipel», die Monatszeitung des EBF, verbreitete die Petition in der Öffentlichkeit.

# Italien

## [ Kriminalisierung der Solidarität ]

Der ehemalige Bürgermeister des süditalienischen Dorfes Riace, Domenico «Mimmo» Lucano, wurde am 30. September 2021 von einem Gericht in Kalabrien unter fadenscheinigen Anschuldigungen zu 13 Jahren Gefängnis und 500.000 Euro Geldstrafe verurteilt. Durch dieses skandalöse Urteil soll Riace als Modell einer menschlichen Aufnahme und Integration von Geflüchteten zerstört werden. Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Domenico Lucano hat Berufung eingelegt. Das EBF beteiligte sich an der laufenden Solidaritätskampagne für Riace und Domenico.



Kommunale Transporte in den engen Gassen von Riace

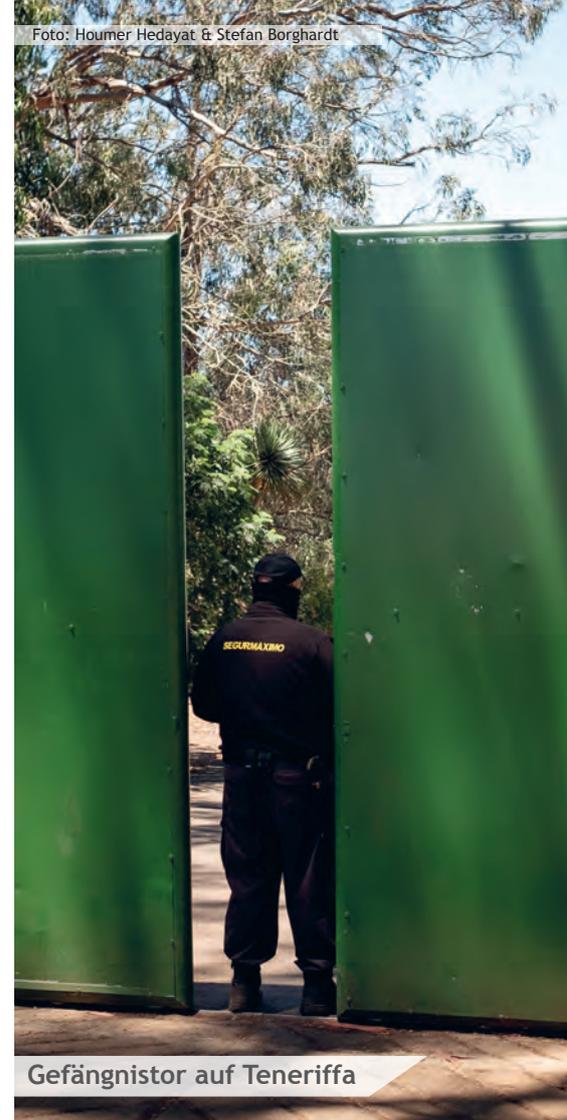
# Spanien

## [ Kanarische Inseln ]

Die wohl tödlichste Fluchtroute nach Europa im Jahr 2021 führte über den Atlantik. Von Marokko bis weit in den Süden des Senegals machen sich Menschen mit hochseuntüchtigen Booten auf die gefährliche Überfahrt zu den Kanarischen Inseln. Sowohl im Frühjahr als auch im Herbst des Berichtsjahres entsandte das EBF eine Delegation nach Teneriffa und Gran Canaria.

Durch einen Abschiebestopp während der Pandemie und dem Verhindern der Weiterreise von Geflüchteten auf spanisches Festland, füllten sich die eilig errichteten Aufnahmelager weit über ihre Kapazitäten. Als die Menschen dort gegen die unerhörten Bedingungen protestierten, eskalierte die Situation und es kam zu Schlägereien. Die Staatsanwaltschaft forderte elf Jahre Gefängnis, ein völlig unverhältnismässiges Strafmass, für die Beteiligten. Ein Unterstützungskomitee konnte, auch durch die finanzielle Hilfe des EBF, gerade noch Rechtsbeistand organisieren. Die vier Angeklagten wurden zu geringen bedingten Haftstrafen verurteilt und gleich nach dem Prozess freigelassen. Die Kriminalisierung geht leider weiter. So werden vermehrt Migrant·innen auch als vermeintliche Schlepper zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und auf Teneriffa für viele Jahre weggesperrt.

Foto: Hומר Hedayat & Stefan Borghardt



Gefängnistor auf Teneriffa

# Ukraine

## Internationale und interne Geflüchtete

Das «Komitee der medizinischen Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) leistet medizinische, soziale und sanitäre Hilfe in der Region Transkarpatien (Westukraine) ohne nationale, ethnische, religiöse oder politische Diskriminierung. Das Komitee realisiert Projekte zugunsten sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen: Kranke, Mittellose, Waisenkinder, behinderte Jugendliche und Erwachsene, Geflüchtete, Migrant\*innen. Das EBF unterstützte im Berichtsjahr vor allem die Arbeit des

Komitees an den EU-Aussengrenzen zu Ungarn und der Slowakei, welche die langfristige Verbesserung der Menschenrechtsslage von internationalen Migrant\*innen zum Ziel hat. Nach der Maidan-Revolution 2014, der Annektierung der Krim durch Russland und während des hybriden Kriegs im Donbass empfing das CAMZ dann auch Geflüchtete aus dem eigenen Land (Internal Displaced Persons) in Transkarpatien und kümmerte sich um deren Versorgung.

# Belarus-Polen-EU

## Tödliche Machtspiele mit Menschen

Anfang November 2021 sassen mehrere tausend Flüchtlinge, viele aus dem Irak und Syrien, im Niemandsland zwischen Belarus und Polen fest - im Wald, in der Kälte, ohne jegliche Versorgung. Die polnische Regierung verbot Medien und Hilfsorganisationen den Zutritt zu dieser Zone und mobilisierte tausende Polizisten und

Soldaten, um die Grenze abzuschotten. Mehrere Todesopfer unter den Geflüchteten waren zu beklagen. Das EBF unterstützte die „Grupa Granica“, einen Zusammenschluss mehrerer Organisationen und Komitees aus der polnischen Zivilgesellschaft, welche den Menschen im Niemandsland und an der Grenze zu Hilfe eilten.

# Schutz vor Willkür & Repression



## Kolumbien

### Für einen gesellschaftlichen Wandel

Von April bis Juli 2021 gingen in Kolumbien hunderttausende Menschen auf die Straße. Am Anfang der Proteste wurde ein landesweiter Streik ausgerufen, und in vielen Regionen fanden überwiegend friedliche

Massendemonstrationen statt. Die Menschen forderten soziale Gerechtigkeit und einen gesellschaftlichen Wandel - weg von der systemischen Gewalt, hin zu einem friedlichen Ausgleich. Eine so noch nie da

gewesene Volksbewegung war entstanden. Doch die Proteste wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen: Zahlreiche Menschen wurden getötet, hunderte verletzt, inhaftiert und gefoltert; viele werden vermisst. Weil das EBF seit Jahren mit Menschen, Bewegungen und Projekten in Kolumbien verbunden ist, beteiligte es sich an der Solidarität mit der sozialen Bewegung auf mehreren Ebenen:

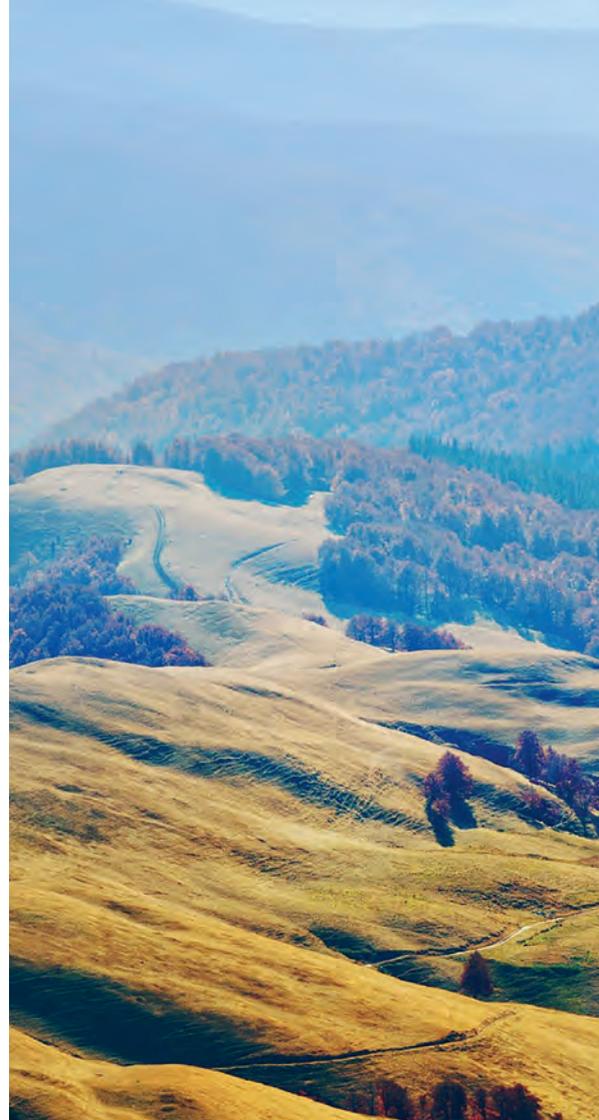
- bei der Mobilisierung von Parlamentarier\*innen in der Schweiz und in weiteren Ländern für Interventionen gegen die Verletzung der Menschenrechte bei der Regierung in Kolumbien.
- mit der Formulierung eines Offenen Briefes an den Bundesrat mit der Bitte, er solle der Regierung und dem Parlament Kolumbiens seine «guten Dienste» für einen Dialog mit der Protestbewegung anbieten. Ausserdem wurde gefordert, dass bedrohte Vertreter\*innen sozialer und ökologischer Bewegungen in der Schweiz Schutz bekommen sollten. Diesen Brief unterzeichneten mehrere hundert Unterstützer\*innen des EBF und Leser\*innen der Wo-

chenzeitung WOZ. Der Bundesrat antwortete unter anderem: «Zudem trägt sie (die Schweiz) dazu bei, den Schutz und die aktive Teilnahme der Bevölkerung in politischen Prozessen zu stärken. Die Schweiz wird auch weiterhin, und besonders in der aktuellen Situation, ihren Beitrag für den Frieden und die Erhaltung der Menschenrechte in Kolumbien leisten.»

- mit der finanziellen Unterstützung der Menschenrechtsorganisation «Temblores» in Kolumbien, welche einerseits die Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Armee dokumentiert und andererseits den Aktivist\*innen in Kolumbien, die in die Fänge der Justiz geraten sind, rechtlichen Beistand leistet und ihnen Anwalt\*innen zur Verfügung stellt. «Temblores» setzt sich für eine umfassende Polizeireform ein.
- mit der Unterstützung von Bemühungen, an Leib und Leben bedrohte Vertreter\*innen von sozialen und ökologischen Bewegungen in anderen Ländern in Sicherheit zu bringen.

# Lebensgrundlagen & Autonomie

Während es gilt, eine Klimakrise unermesslichen Ausmasses abzuwenden, werden weiterhin riesige Flächen Wald zerstört: Zum Beispiel für industrialisierte Land- und Viehwirtschaft, Autobahnen und Massentourismus.



Ein einmaliges Naturgebiet ist bedroht: Svydovets in den Karpaten



# Ukraine

## [ Schutz der Waldkarpaten ]

Während des ganzen Jahres 2021 beteiligten sich Vertreter\*innen des EBF an einer internationalen Kampagne gegen die Zerstörung einer einmaligen Naturlandschaft. Es handelt sich um das bewaldete Bergmassiv Svydovets in Transkarpatien (Ukraine). Ein ukrainischer Oligarch will dieses Gebiet in einen riesigen Ski-Tourismus-Komplex umwandeln, wobei das ökologische Gleichgewicht für immer zerstört würde. Im Jahr 2017 gründeten einige Dorfbewohner\*innen und ukrainische NGOs sowie Mitglieder der Europäischen Kooperative Longo maï und des EBF die Plattform «free Svydovets» und wehren sich seitdem gegen dieses grössenwahnsinnige Projekt. In der Schweiz ist eine gemeinsame Kampagne mit dem Bruno-Manser-Fonds entstanden, die gleichzeitig die massiven illegalen Abholzungen von Primärwäldern in der Ukraine anprangert.



## Illegaler Holzschlag in Svydovets für den europäischen Markt



Zudem will die ukrainische Regierung die Olympischen Winterspiele in die Region der Waldkarpaten holen - eine Tatsache, welche die Zerstörung von Svydovets vorantreiben würde. Deshalb richtete das EBF zusammen mit zahlreichen Umweltorganisationen einen Offenen Brief an das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Lausanne zu Händen von Fürst Albert II., dem Präsidenten der Kommission für Nachhaltigkeit und Vermächtnis des IOC. Der Text warnt vor den irreversiblen Schäden für Mensch, Tier und Umwelt sowie vor der grassierenden Korruption durch geplante Megaprojekte wie der Ski-Resort in Svydovets und erinnert das IOC an seine globale Verantwortung für die Umwelt. Die Organisationen fordern das IOC auf, «der ukrainischen Regierung keinerlei Unterstützung für diese höchst problematischen Projekte in den Karpaten zu gewähren und seinen Einfluss geltend zu machen, um sie davon abzuhalten, dieser weitgehend unberührten Bergregion unwiederbringlichen Schaden zuzufügen.»

# Österreich

## [Lobau bleibt!]

Ab August 2021 wurden die Baustellen einer geplanten Stadtautobahn in der österreichischen Hauptstadt Wien von vor allem jungen Menschen besetzt. Es war die bisher längste Besetzung gegen ein fossiles Grossprojekt in der österreichischen Geschichte. Die Bewegung hat eine Räumung, einen Brandanschlag, existenzvernichtende Klagedrohungen und Desinformationskampagnen der Politik überstanden. Seit Jahrzehnten gibt es Wi-

derstand gegen geplante Autobahnen im Nordosten Wiens. Die Lobau-Autobahn soll den Autobahnring um Wien schliessen, wofür ein Tunnel direkt unter dem Auwald der Lobau, einem Teil des Nationalparks Donau-Auen, gebohrt werden soll - ein bedrohlicher Eingriff, der das sensible Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

Proteste von Anrainer\*innen und Umweltschützer\*innen sowie Widerstand sowohl auf rechtlichem wie auf politischem Weg konnten die zerstörerischen Projekte bisher verzögern, aber nicht endgültig stoppen. Deshalb taten sich Anrainer\*innen, Klima-Aktivist\*innen und engagierte Bürger\*innen aus verschiedensten Bereichen zusammen, um den Protest direkt auf die Baustellen zu tragen. Bis Ende 2021 standen die Bagger still. Es war eine breite Bewegung unter dem Slogan «Lobau bleibt!» entstanden, die eine neue Ära an Klima-Aktivismus in Österreich eingeläutet hat. Vertreter\*innen des EBF waren im Berichtsjahr in der Bewegung aktiv und beteiligten sich stark an der Öffentlichkeitsarbeit.



# Mexiko-Europa



Mexiko nach Europa und brachte sie mit befreundeten Initiativen zusammen. Die Reise für das Leben war als ein doppelter Austausch gedacht. Auf der einen Seite erzählten die Zapatistas die Geschichte ihrer Revolte sowie ihrer Lebens- und Organisationsform und auf der anderen Seite stellten die Gastgeber\*innen ihre jeweiligen sozialen und ökologischen Kämpfe und Problematiken vor. So ist ein fruchtbarer Dialog entstanden, der noch lange nachwirken wird.

## Reise für das Leben

Seit Mitte September 2021 waren 177 Zapatistas aus Chiapas in Mexiko auf ihrer «Reise für das Leben» in Europa unterwegs sowie eine Gruppe des mexikanischen «Nationalen Indigenen Kongresses» und kamen mit Menschen von verschiedenen Kollektiven und Projekten in der Stadt und auf dem Land zusammen. Vertreter\*innen des EBF trafen sie in Österreich, Frankreich und in der Schweiz. Das EBF beteiligte sich finanziell an den Reisekosten der Delegierten von

## Weitere Aktivitäten

Das EBF unterstützte zudem Initiativen gegen Landgrabbing in Rumänien und den Aufbau von selbstverwalteten biolandwirtschaftlichen und kulturellen Projekten in Frankreich, Ostdeutschland und in der Türkei.

# Libanon

## Geflüchteten eine Perspektive geben

Im Sommer 2015, schockiert von dem jähen Ende des «arabischen Frühlings» und dem immensen Leid der syrischen Zivilbevölkerung, wollte eine Initiative von jungen Menschen aus Frankreich nicht tatenlos zusehen. Ein Jahr später konnten die ersten Pakete mit Saatgut mit einem Kleintransporter über die Türkei in den Libanon gebracht werden, in ein Flüchtlingslager ganz in der Nähe zur syrischen Grenze. 2000 Quadratmeter Land für zehn Jahre wurden gepachtet und eine ganze Reihe Aus- und Fortbildungskurse rund um die Themen Landwirtschaft und Weiterverarbeitung angeboten. In den Sommermonaten nehmen in der Regel mehr als hundert Syrer\*innen, Libanes\*innen und Europäer\*innen an den Kursen teil.

Dort entstand dann auch das Netzwerk «Buzuruna Juzuruna» (Unsere Saat ist unsere Zukunft auf Arabisch). Das Kollektiv züchtet und vermehrt mehr als 300 Gemüse- und Getreidesorten, die für die Gegend typisch waren, aber durch die sogenannte «grüne Revolution» komplett eliminiert wurden.





Die Ausbildungen richten sich weiterhin vor allem an Geflüchtete, aber es gibt auch eine wachsende Nachfrage aus der lokalen Bevölkerung. Ein guter Teil der Dynamik kommt aus der Mischung von Einheimischen, geflüchteten Menschen aus Syrien und den Freund\*innen aus Frankreich. Über die Geflüchteten bestehen auch Kontakte zu Kleinbäuer\*innen in Syrien, die mit «Buzuruna Juzuruna» wieder Zugang zu Saatgut bekommen.

Etwa die Hälfte der ca. 1.5 Millionen aus Syrien in den Libanon Geflüchteten befindet sich in der Bekaa-Ebene. Die Gegend ist von industrieller Landwirtschaft geprägt und viele Geflüchtete arbeiten und leben unter sehr schlimmen Bedingungen. Alternativen vor Ort aufzubauen und Ausbildungen zu ermöglichen, bleibt ein Schwerpunkt der Initiative. Im Berichtsjahr wurde ein junges Netzwerk aus dem Irak empfangen, welches sich für ein Modell der ländlichen Entwicklung mit ökologischen Kriterien und bäuerlichem Saatgut einsetzt. Ein erster Schritt für gemeinsame Projekte war getan.

Das EBF unterstützt seit Beginn «Graines et Cinéma» bzw. jetzt «Buzuruna Juzuruna» logistisch und finanziell.



## Saatgut für alle

Eigenes Saatgut gewinnen ist ein erster Schritt in Richtung Ernährungsautonomie und ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt. Der Lehrfilm «Saatgut ist Gemeingut - Anleitung für Samengärtnerei» soll Saatgutinitiativen weltweit unterstützen und botanische Grundkenntnisse als Voraussetzung für Saatgutvermehrung fassbar machen. Er richtet sich an alle, die lernen wollen, Saatgut von Gemüse selbst zu vermehren, und vermittelt das Verständnis für die Entwicklung der Pflanzen, vom Samen wieder bis zum Samen, für die Blütenbiologie und ihre Befruchtung.

Vier DVDs zeigen die vielfältigen Handgriffe und Methoden, die beim Anbau, Ernten, Sortieren und Lagern von Saatgut angewendet werden. Die Samengärtnerei von 32 verschiedenen Gemüsesorten wird Schritt für Schritt in einzelnen kurzen Filmen erklärt.

[www.diyseeds.org](http://www.diyseeds.org)

Das EBF hat die Entstehung und die Produktion des Films begleitet und unterstützt. Nach dreijähriger Arbeit konnte die erste Version auf deutscher, französischer und englischer Sprache im Jahr 2015 vorgestellt werden. 2017 erschien eine Version in Spanisch (Lateinamerikanisch) und Portugiesisch (Brasilianisch).

Im Berichtsjahr wurde die Webseite verbessert, dadurch werden zukünftige Übersetzungen erleichtert. Eine holländische Übersetzung ist nun zu den vorherigen sechs Sprachen dazugekommen. Verschiedene Sprachen waren im Berichtsjahr in Bearbeitung und es ist geplant, im Jahr 2022 die ukrainische und russische Version zu veröffentlichen - trotz des Krieges.

Alle Videos samt einer Version auf Arabisch sind auf der Webseite frei zugänglich.

1. Ausgabe: Deutsch: Englisch, Französisch
  2. Ausgabe: Spanisch, Portugiesisch, Englisch; jeweils eine Box mit 4 DVD, Dauer 436 min.
- Preis: 58 CHF inklusive Versand



# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

[ Archipel ]

die Monatszeitschrift des Forum Civique

Archipel erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr auf Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Die Zeitschrift wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können. Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Das Archipel-Archiv finden Sie unter:  
[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

# Spenden

## Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge:

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

## Kostensparendes Verfahren:

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Dauerauftrag oder einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie den Auftrag jederzeit rückgängig machen.

## Spendenkonto:

Spenden in CHF an:

PC 40-8523-5

IBAN : CH24 0900 0000 4000 8523 5

BIC : POFICHBEXXX

Spenden in Euro an:

Komitee Europ. Bürgerforum Schweiz

BKB-EURO-KONTO

IBAN : CH56 0077 0016 5490 9272 8

BIC : BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig anerkannt und nimmt neben Spenden auch Erbschaften und Legate an.

## Adressen des EBF

### Schweiz:

Europäisches BürgerInnen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13  
Postfach 1848  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 01 11  
E-Mail: ch@forumcivique.org

### Deutschland:

Hof Ulenkrug  
Stubbendorf 68  
D-17159 Dargun  
Tel.: +49-399 59-20 329  
E-Mail: de@forumcivique.org

### Frankreich:

Hameau de St-Hippolyte  
F-04300 Limans  
Tel.: +33-492 73 05 98  
E-Mail: fr@forumcivique.org

### Österreich:

Hof Stopar  
Lobnik 16  
A-9135 Železna Kapla/Eisenkappel  
Tel.: +43-42 38-87 05

### Ukraine:

Vul. Borkanyuka 97  
UA-90440 Nizhne Selishche  
Khust, Zakarpattia  
E-Mail: ua@forumcivique.org

### Rumänien:

Joachim Cotaru  
Str. Bisericii 234  
RO-557168 Hosman (SB)  
E-Mail: ro@forumcivique.org

### Mühle Nikitsch

Berggasse/Travnik 26  
A-7302 Nikitsch/Filež  
Tel.: +43-650/34 38 378  
E-Mail: at@forumcivique.org

[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)



Mit Ihrer Spende, einer Erbschaft oder einem Legat an das Forum Civique helfen Sie mit, eine gerechtere Zukunft zu gestalten und das offene und freundliche Gesicht Europas zu zeigen.

Europäisches BürgerInnen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13  
Postfach 1848  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 01 11  
E-Mail: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

Fotos: Houmer Hedayat, Stefan Borghardt, Esther Narbaud, Salomé Wiedmer und EBF-Archiv.

**civique**  
**forum!org**